HERAUS ZUM REVOLUTIONÄREN 1. MAI!

Zeitung zum 1. Mai 2004 in Stuttgart

Liebe Leserin, lieber Leser,
der traditionelle Kampftag der Arbeiterinnen und Arbeiter steht vor der Tür. Weltweit gehen am 1. Mai Millionen Menschen auf die Straßen, um für ihre Interessen und gegen die Verschlechterungen ihrer Lebenssituation zu demonstrieren.
Durch die Zugeständnisse der Kapitalistenklasse an die Lohnabhängigen schien es in den kapitalistischen Zentren, nicht zuletzt in Deutschland, über Jahrzehnte so, als hätte der Klassenwiderspruch, also die gegensätzlichen Interessen zwischen Kapitalisten und ArbeiterInnen, keine große Bedeutung mehr. Diese Situation hat sich in den letzten Jahren aber relativ schlagartig geändert. Die Auswirkungen der kapitalistischen Produktionsweise werden zunehmend auch für große Teile der Lohnabhängigen hier spürbar. Massenarbeitslosigkeit, Kürzungen bei Rente, Arbeitslosengeldern und Sozialhilfe, verschärfte Arbeitsbedingungen und die Ausrichtung von Bildungs- und Gesundheitswesen nach Profitinteressen sind nur einige Schlagworte, die die momentanen Angriffe des Kapitals auf unsere Situation kennzeichnen.
Gegen diese Politik regt sich aber zusehends Widerstand, zwar im weltweiten Vergleich noch äußerst zaghaft und unentschlossen, aber dennoch nicht mehr zu übersehen. Die Proteste gegen die kapitalistische Globalisierung, die Arbeitsniederlegungen und Streiks und die Massendemonstrationen am 3. April in mehreren deutschen Städten mit 500 000 TeilnehmerInnen, waren einige Schritte auf dem richtigen Weg. Denn nur, wenn wir uns nicht spalten lassen und nicht auf die Spaltungsversuche und die Hetze, sei es gegen Arbeitslose oder MigrantInnen hereinfallen, sondern gemeinsam kämpfen, können wir etwas erreichen.
Die revolutionäre 1. Mai Demonstration in Stuttgart trägt daher das Motto:
Solidarität und Klassenkampf gegen die Angriffe des Kapitals!

In dieser Zeitung findet Ihr unter anderem eine Einschätzung der allgemeinen Situation (ab Seite 1), ein Interview mit einem Betriebsrat aus Stuttgart (Seite 3), Artikel zu den Umstrukturierungen im Gesundheits- sowie im Bildungswesen (Seiten 4-6), einen Bericht zur Situation der Klassenkämpfe in Italien (Seite 7), einen Artikel zur Geschichte und Bedeutung des 1. Mai (Seite 8) sowie die aktuellen Termine für die 1. Mai Demonstration und das 1. Mai Fest (Seite 8).

So wie es ist, bleibt es nicht...

Tagtäglich tragen uns die Medien Einschätzungen und Stellungnahmen aus den Parlamenten und Unternehmensleitungen über die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft ins Haus. Der dort präsentierte marktwirtschaftliche Wetterbericht mit seinen Prognosen von wirtschaftlichen Hochs und Tiefs, vom Investitionsklima und der ökonomischen Grosswetterlage scheint häufig recht wenig mit den tatsächlichen gesellschaftlichen Verhältnissen zu tun zu haben. Dass sich hinter den hochtrabenden Phrasen der selbsternannten Gesellschaftsexperten jedoch die reellen Lebensverhältnisse in einer Gesellschaft verbergen, das ist inzwischen vor allem zur Gewissheit geworden, wenn sie uns ihre Lösungsansätze unterbreiten.
Wenn sie von Flexibilisierung reden, dann heisst das konkret, dass sie eine freie Verfügbarkeit von billigen Arbeitskräften für die Unternehmen durchsetzen wollen; „die eigenen Erwartungen herunterschrauben“ bedeutet, sich auch mit weniger Lohn abzugeben, mit mehr Arbeitszeit, weniger sozialer Absicherung etc. Tatsächlich gibt es inzwischen wohl keine Errungenschaft, die durch verschiedene Kämpfe der Lohnabhängigen in der Vergangenheit erreicht wurde, die nicht im Namen des wirtschaftlichen Sachzwangs als unprofitabel und damit als unbezahlbarer „Luxus“ angegangen wird.

An die Stelle von längerfristig abgesicherten Arbeitsverhältnissen treten staatlich gefördert massenhafte Billiglohnjobs. Ein Verbund von staatlicher Arbeitsvermittlung und privaten Zeitarbeitsfirmen übt dazu seinen Teil des nötigen Drucks aus. Zudem wird die „Selbständigkeit“ massiv gefördert, damit sich die Betroffenen in Zukunft bitte selbst ausbeuten und für ihre „Sozialkosten“ aufkommen. Soziale Absicherungen wie Rentenzahlungen, Gesundheitskosten u.ä. werden ohnehin generell den Lohnabhängigen immer mehr selbst überlassen. Eines der Hauptergebnisse dieses Prozesses lässt sich bereits heute ansatzweise erahnen: eine stets steigende Altersarmut durch entsprechend unbezahlbare Renten, durch Arbeitslosigkeit vor allem direkt vor dem Rentenalter usw.
Arbeitslosigkeit ist schon lange ein etabliertes Massenphänomen. Während die amtliche Statistik mit der Angabe einer bestimmten jährlichen oder monatlichen Prozentzahl den Eindruck entstehen lässt, dass es sich bei „den Arbeitslosen“ um eine feste Gruppe handelt, steht neben den Menschen, die tatsächlich längerfristig keine Anstellung finden jedoch auch eine zunehmende Masse von Menschen, die unter dem Jahr zwischen einer und der nächsten Arbeit durch die Schleusen der Vermittler gehen. Trotz der Massenarbeitslosigkeit werden gleichzeitig Sozialhilfe und Arbeitslosengelder gestrichen, ebenso sämtliche Ausgaben für soziale Einrichtungen karitativer, kultureller und politischer Art.
Bildungs- und Gesundheitswesen werden zusehends der Konkurrenz und dem Profitabilitätsprinzip des Marktes unterworfen. Sie bieten ihre Dienstleitungen käuflich für jeden entsprechend seines finanziellen Standes an, nachdem sie erst einmal -im Jargon der Offiziellen- „gesundgeschröpft“ wurden, d.h. viele Krankenhäuser geschlossen haben, Schulen in Elite- und Massenschulen aufgeteilt wurden usw. Und während damit die Kosten für die Lohnabhängigen massiv steigen, steigen die Löhne um einiges weniger, wenn überhaupt; unter dem Strich sinken die Reallöhne letztlich drastisch. Dafür wird der Druck zur Mehrarbeit grösser und Arbeitszeiten werden verlängert, entweder ganz offiziell oder inoffiziell als Zwang zu unbezahlten Überstunden.

Diese Entwicklungen lassen sich weder national begrenzen noch auf die spezifische Politik einer Regierung beschränken. Die Unterschiede etwa zwischen einer rot- grünen oder einer schwarz- gelben Regierung in Deutschland beschränken sich alleine darauf, *wie* sie die Verelendung und verschärfte Ausbeutung für den Grossteil der Gesellschaft durchzusetzen versuchen und nicht auf die grundsätzliche Frage, ob sie es tun. Während die SPD ihre Umstrukturierungen vor allem im Verbund mit den Gewerkschaftsführungen durchsetzt, droht

die CDU/CSU mit dem direkten Holzhammer gegen Gewerkschaften.
Ganz ähnliche Entwicklungen laufen derzeit in allen Staaten Westeuropas ab. Ob sich die Regierung nun sozialdemokratisch oder konservativ nennt, überall wird der Kündigungsschutz angegangen, Arbeitszeiten verlängert, soziale Absicherungen abgebaut und Renten gestrichen. Der Verweis auf die „Sachzwänge“, die dies verlangen ist ebenso international anzutreffen. Die Sachzwänge der kapitalistischen Wirtschaft lassen sich aber letztlich auf einen grossen Sachzwang reduzieren: auf den, Profit zu erwirtschaften. Die kapitalistische Produktion schert sich nicht um die gesellschaftlichen Bedürfnisse, sie kennt alleine die Maxime der Profitwirtschaft, der sie alles unterordnet. Und so hat in den gegenwärtigen Verhältnissen nun einmal der Grossteil der Gesellschaft die steigenden Profite des Kapitals mit einem für ihn schärfer werdenden Ausbeutungsbetrieb zu bezahlen. Denn reell erwirtschaften die grossen Konzerne weiterhin steigende Profite und es entstehen durch Einverleibungen immer grössere finanzielle Konglomerate, die eine bisher nie gekannte wirtschaftliche Macht in sich vereinen.

Es ist einfach nachzuvollziehen, dass ein stets steigender Profit auf ständiges Wachstum angewiesen ist, sprich auf immer neue Rohstoffe für die Produktion, auf mehr bzw. rentablere Produktionsstätten und auf stets wachsende Absatzmärkte. Ein Wachstum, das notwendigerweise an seine Grenzen stösst. Eine solche Grenze des weltweiten Kapitalismus ist mittlerweile zur spürbaren Vorahnung geworden.
Keine neue technische Errungenschaft, kein neues Produkt, keine neue Börsennische ist derzeit noch gross genug, um ein weiteres Wachstum wie bislang zu ermöglichen. Der globale Markt ist aufgeteilt und der Kampf um seine Stücke wird immer aggressiver geführt. Es ist kein Zufall, dass innerhalb der kapitalistischen Metropolen überall die Rüstungsausgaben in astronomische Höhen steigen, während alle Sozialleistungen gestrichen und die Lohnabhängigen ausgepresst werden. Beides sind Massnahmen zur Absicherung der Kapitalinteressen. Man rüstet auf, um die eigenen wirtschaftlichen Interessen weltweit militärisch zu sichern und verschafft damit der eigenen Rüstungsindustrie zugleich noch Milliardenumsätze. Die Konkurrenz zwischen den einzelnen Staaten und Staatenverbünden tritt weltpolitisch erneut in den Vordergrund, wie wir es zuletzt bei den unterschiedlichen Positionen von USA/Grossbritannien und Frankreich/Deutschland zum Irak- Krieg sehen konnten.

Mit der gegenwärtigen Verschärfung der Widersprüche in der Gesellschaft kommt eine alte Tatsache mit neuer Stärke zum Ausdruck: der Klassencharakter der kapitalistischen Gesellschaft. Gehört man zu dem Grossteil der Gesellschaft, der zur Absicherung des eigenen Lebens auf jeweiligem Standart auf Lohnarbeit angewiesen ist, so ist man damit eben auch auf Gedeih und Verderb den Launen des Marktes und den jeweiligen Bedürfnissen der Kapitalistenklasse unterworfen, d.h. jenen, die darüber bestimmen, wie, wo und wann etwas produziert wird.
Dabei ist die Situation mehr als paradox, denn jeder gesellschaftliche Fortschritt stellt sich gegenwärtig gegen den Grossteil der Gesellschaft. Die fortschreitende Mechanisierung der Produktionsprozesse, d.h. der zunehmende Einsatz von Maschinen ist objektiv betrachtet eine Errungenschaft, die das menschliche Leben erleichtern und menschliche Arbeitskraft auch in anstrengenden und gefährlichen Arbeitsbereichen ersetzen kann. Konkret führt dieser Segen aber zum Fluch der Massenentlassungen. Die Massenproduktion von Produktionsmitteln und Waren selbst ist in eine Krise geraten, aber eben weil es zu viele Produktionsmittel und entsprechend zu viele Waren gibt, als dass diese noch profitabel wären, weil immer mehr Menschen nicht das notwendige Geld dafür haben, die Warenzirkulation aufrecht zu erhalten. Produktionsprozesse sind immer enger verbunden in weltumspannenden Abläufen, was jedoch nicht zu einer kontrollierten Abstimmung im Sinne aller führt, sondern im Sinne weltweiter Konzernmonopole genutzt wird und zum Ausspielen von Billiglohnländern zur Lohndrückung gegen ArbeiterInnen in den kapitalistischen Zentren Nordamerikas und Westeuropas.
Letztlich existieren rein objektiv gesehen die Mittel dazu, die existenziellen Bedürfnisse aller Menschen weltweit abzudecken und ihnen darüber hinaus bislang nie vorhandene Möglichkeiten der kulturellen Entfaltung zu bieten. Die Produktion könnte so gut wie nie zuvor gesellschaftlich kontrolliert werden, da sie ohnehin in einem letztlich sogar weltweiten Kommunikations- und Abstimmungsnetz abläuft. Die Herstellung der verschiedenen Produkte benötigt nur noch zu einem relativ geringen Teil menschliche Arbeitskraft, die sich eigentlich ihrer freien kulturellen Entfaltung und dem wirklichen gesellschaftlichen Fortschritt widmen könnte.

Doch solange der Kapitalismus existiert, solange wird nicht für die Bedürfnisse des Menschen, sondern für den Profit produziert. Der Grossteil der Gesellschaft, der diesen Produktionsprozess konkret in Büros, Fabriken, Praxen und Geschäften aufrecht erhält und leistet, ist sein eigenes Opfer. Eine Tatsache, die erst mit der gesellschaftlichen Übernahme der Kontrolle über die Produktionsmittel und die gesellschaftliche Kontrolle der Produktion nach Bedürfnissen enden wird.
Vor einem solchen Hintergrund sind Forderungen wie „Arbeit für alle“ rein auf den Kapitalismus zu vertreten, weil hier Arbeitslosigkeit Verarmung bedeutet und damit für uns die Unerreichbarkeit der von uns –im Sinne einer gesellschaftlichen Klasse- selbst hergestellten Waren. Eine Forderung, die im derzeitigen Stadium des Kapitalismus nicht zu realisieren ist bzw. nur, indem alle einen Hungerlohnjob bekommen. Natürlich müssen wir bereits hier und jetzt für eine Verbesserung und gegen die von oben durchgesetzte Verschlechterung unserer Lebensverhältnisse kämpfen, doch auch dabei kann es uns nicht um ein Lob der Lohnarbeit an sich gehen. Denn Lohnarbeit heisst eben schuften zu den Bedingungen des Kapitals und für dessen Profit.
In Deutschland, wo es praktisch keine kontinuierliche, kämpferische Tradition der ArbeiterInnenklasse nach dem zweiten Weltkrieg gab, müssen in der aktuellen Situation zuerst wieder praktische Kampferfahrungen gesammelt werden. Die grossen Demonstrationen gegen den Sozialabbau, verschiedene Arbeitskämpfe und Streiks, aber auch die Antiglobalisierungsbewegung oder die Proteste gegen den Krieg im Irak sind dazu erste notwendige, wenn auch sehr unterschiedliche Ansätze gewesen. Diese Proteste werden sich an verschiedenen Punkten verstärken, weil der Klassenkampf von oben weiter geführt werden wird. Erst recht, wenn mit den nächsten Wahlen CDUCSUFDP an die Macht kommen sollten und sich auch die Gewerkschaftsführungen von ihrer Stillhaltepolitik verabschieden werden. Wir halten es für entscheidend, dass diese Proteste nicht vereinzelt bleiben, sondern im Bewusstsein um die gemeinsame Ursache ihrer Probleme zusammenfinden. Wir denken, dass das, was weithin als pragmatische Politik gilt, d.h. der reformerische Ruf nach einem goldenen Käfig, wenn man gewillt ist, uns nur einen eisernen zu geben, längerfristig auf der Stelle tritt. Der Vorstellung eines allmählichen gesellschaftlichen Wandels zu unserem Vorteil werden die Herrschenden weiterhin täglich einen Strich durch die Rechnung machen und sie zur reinen Utopie verkommen lassen. Alleine die selbständige Organisierung der ArbeiterInnenklasse im Sinne aller Lohnabhängigen gegen die Interessen von oben und mit der Perspektive, die eigenen Geschicke selbst in die Hand zu nehmen, kann die krisenhaften Produktionsverhältnisse des Kapitalismus überwinden. Und alleine das würden wir als eine den Tatsachen angemessene Lösung bezeichnen – eben als Pragmatismus.

In Stuttgart finden ebenso wie fast überall massive Einschnitte in den verschiedenen großen Fabriken, bei Daimler, Behr, Bosch, Mahle, usw. statt, die ArbeiterInnen sind von Entlassungen, verschärften Arbeitsbedingungen und Kürzungen bedroht oder schon betroffen. Wir haben ein Interview mit Matthias geführt, er arbeitet im Werkzeugbau bei MAHLE in Cannstatt, ist Betriebsrat und VK-Leiter, also Sprecher der IG Metall-Vertrauensleute.

Wie ist denn die Situation in deinem Betrieb?

MAHLE wurde in den letzten 20 Jahren vom regionalen Alu-Gemischtwarenladen zum globalen Autozulieferer umgebaut. Von den weltweit 30 000 Leuten arbeiten gut 2000 in Stuttgart in verschiedenen GmbHs. Aber es handelt sich um die Zentralstellen des Konzerns. Richtige Produktion findet hier nicht mehr statt. Jetzt sollen weitere 300 Arbeitsplätze abgebaut werden. Es geht um Rationalisierung, höherer Leistungsdruck, Fremdvergabe und Verlagerung. Es ist nicht so, dass es keine Arbeit gebe. Der Konzern macht richtig fette Gewinne – für einzelne Bereiche werden auf sehr zweifelhafter Grundlage Verluste errechnet.

Wirtschaftsverbände und Unternehmer fordern ja gerade eine Verschlechterung nach der anderen (40 Stunden Woche, Aufhebung des Kündigungsschutz usw.) spürt ihr davon schon was?

Der Arbeitsdirektor hat in der Presse auch schon die 40 Stunden Woche gefordert. Aber nicht alles, was diese Herren sich wünschen, sollen sie auch kriegen. In der Tarifrunde gab es eine hohe Bereitschaft im Betrieb die 35 und den Tarifvertrag zu verteidigen. Immerhin war MAHLE einstmals ein Vorreiter im Kampf für die 35 Stundenwoche.

Der letzte Tarifabschluss der IG Metall war ja wenig ergiebig. wie ist denn die Position der Gewerkschaft im Betrieb?

An den Erhöhungen gab es wenig Kritik. Die Mehrheit der Vertrauensleute und viele gewerkschaftlich bewussten Kolleginnen und Kollegen sehen aber bezüglich der Arbeitszeit gefährliche Formulierungen im neuen Vertrag, die so nicht nötig gewesen wären.

Wie ist die Stimmung der Belegschaft? Einige Linke, Gewerkschaftslinke und sogar einzelne Gewerkschaftsverbände versuchen zurzeit dem rot/grünen Kahlschlag eine klassenkämpferische Perspektive entgegen zu setzen. Wie weit seit ihr gewerkschaftsintern?

Der harte Kern der gewerkschaftlichen Aktivisten wird derzeit sicher etwas radikaler. Nach dem 1 November in Berlin und dem 3.4. fühlen sie sich bestärkt. Sie sind zwar eine Minderheit in der Belegschaft, aber in der Lage andere mitzuziehen. Vielen unseren Angestellten wird von der Geschäftsleitung gerade klargemacht, wo die Fronten verlaufen. Es liegt an uns diesen KollegInnen, die gewerkschaftlich bisher abseits gestanden haben, zu helfen, sich für gemeinsamen Widerstand und gegen individuelles Wegducken zu entscheiden.

Wie siehst du den Widerstand perspektivisch?

Zwei Punkte:
- Gegen die generellen Angriffe sind massive Widerstandsaktionen nötig. Letztlich werden nur Streiks Kapital und Regierung blockieren können.
- Das Verhalten der SPD hat die Frage nach „unserer“ Partei so breit in den Gewerkschaften aufgeworfen wie noch nie. Eine Neue Arbeiterpartei ist sicher ein gutes Instrument, um die Kämpfe über die Betriebe und Einzelgewerkschaften hinaus zu koordinieren. Sie wird auch die Debatte in den Gewerkschaften politisieren. Mit dem Argument des „kleineren Übels“ und dem Schrecken einer CDU/CSU-Regierung dürfen unsere sozialdemokratischen Vorstände nicht mehr die Gewerkschaften in den Wahlkampf schicken.

Während in Deutschland die Proteste gegen die Hartz-Gesetze, die Agenda 2010 und die weiteren „Reformen“ noch eher zaghaft stattfinden, nimmt der Widerstand in anderen Ländern ganz andere Züge an. Das Foto zeigt eine Auseinandersetzung zwischen spanischen Werftarbeitern und der Polizei, im Februar diesen Jahres. Die ArbeiterInnen waren wütend, weil sie mit ihrer Forderung nach einem neuen Tarifvertrag vom halbstaatlichen Werftenverbund Izar S.A. monatelang hingehalten wurden und die Bosse Kurzarbeit für tausende Beschäftigte angekündigt haben. Bei Protesten kam es an verschiedenen Orten zu Strassenschlachten zwischen mehreren tausend ArbeiterInnen und Spezialeinheiten der Polizei.

Die Verschärfung der Situation in der BRD anhand einiger Zahlen:

> Jedes 5. bis jedes 7. Kind wächst heutzutage in Deutschland in Armut auf. (Studie der AWO)
> Die Zahl der Frauen, die sich gezwungen sehen sich zu prostituieren um Mietschulden, die Stromrechnung, o.ä. begleichen zu können (Armuts-prostitution) stieg in den letzten 2 Jahren um 60%. (Magazin Monitor)
> Die Zahl der Menschen die über mehrere Jahre keinen Job finden (Langzeitarbeitslose) stieg im letzten Jahr um 17% auf 1,6 Millionen - die vom Arbeitsamt verhängten Sperrzeiten nahmen um 180% zu,
140 000 Menschen wurden die Bezüge gestrichen.

Die Situation für die angeblich so faulen Arbeitslosen:

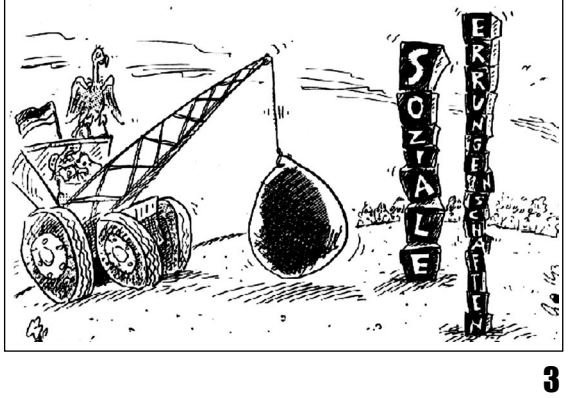
In Baden Württemberg standen im Januar 2004 für 467.054 gemeldete Arbeitsuchende 37.882 Jobs (inklusiv Teilzeitarbeit, 400 Euro-Jobs, Tätigkeiten auf freiberuflicher, selbstständiger und ehrenamtlicher Basis) zur Verfügung.

Bundesweit waren für 5.876.413 Arbeitsuchende 276.732 Stellen gemeldet.

Alle müssen den Gürtel enger schnallen?

Der Lohn pro Person in Deutschland ist im Vorjahr im Durchschnitt um 0,9% und netto um ganze 0,7% gestiegen. Zieht man die Inflationsrate von 1,1% ab, dann ergibt sich für 2003 wie im Jahr davor ein Reallohn-Minus von 0,4% d.h. in den letzten beiden Jahren um fast ein Prozent. Und das bei ständigen Verteuerung der Lebenshaltungskosten von der Miete bis zu den Nahrungsmitteln...

Die Vorstände der deutschen Bank z.B. haben hingegen ihre Gehälter von 1997 bis 2001 um 474% auf 7 Millionen Euro pro Jahr erhöht.



Organisieren statt resignieren - auch in den Gewerkschaften

Nicht nur von den Profiteuren des Kapitalismus, den Unternehmern und Politikern samt ihren Anhängern sondern bis in die Gewerkschaften hinein, wird der Kapitalismus als non plus Ultra, als Ende der Geschichte dargestellt.

Wenn diejenigen, die bekanntermaßen von diesem Systems profitieren versuchen, uns die kapitalistische Produktionsweise möglichst gut zu verkaufen, wissen wir wenigstens warum sie dies tun. Bei den Gewerkschaftsbossen ist das schon etwas schwieriger, sie geben schliesslich vor, unsere Interessen, die Interessen der Lohnabhängigen zu vertreten.

Dabei ist offensichtlich wo sie stehen: Sie sind schon längst mit dem Kapital aufs engste verflochten, beziehen Gehälter, von denen ein einfacher Arbeiter höchstens träumen kann und sichern ihre Situation eben dadurch, dass sie mit der herrschenden Klasse der Kapitalisten keine ernsthafte Konfrontation eingehen. Ihre Forderungen stellen die Profit- und Verwertungslogik nicht im geringsten in Frage sondern beschränken sich auf kleinste Detailfragen. Der Basis der Gewerkschaften und den aktiven linken GewerkschafterInnen heucheln sie gelegentlich Kampfesmut und Entschlossenheit vor, jedoch nur um jegliche kämpferische Stimmung in staatstragende und legalistische Bahnen lenken können.

Dennoch wäre es falsch, der gewerkschaftlichen Organisierung den Rücken zuzudrehen, sie ist schließlich ein wichtiger organisatorischer Bezugspunkt, um auf die Angriffe des Kapitals zu reagieren und uns zumindest minimal abzusichern. Es ist wichtig, fortschrittliche Inhalte und eine kämpferische Praxis in die Gewerkschaften zu tragen und die vielen linken und revolutionären AktivistInnen in den Gewerkschaften zu unterstützen.

Karl Marx, immerhin „der zweitbeste Deutsche“ (laut Fernseh-Umfrage Anfang 2004) hatte wieder mal recht als er schrieb:

„Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihn gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems.“

(Karl Marx in Lohn, Preis und Profit)

Das Gesundheitssystem im Systemwandel

Die sozialen Sicherungssysteme werden demontiert. Dafür steht die Agenda 2010, die neben Kürzungen bei Arbeitslosengeld und Rente, verschärften Zumutbarkeitsregeln für Arbeitslose auch das Gesundheits-modernisierungsgesetz (GMG) umfasst. Durch die Agenda werden die Beiträge der Arbeitgeber zur „Daseinsvorsorge“ weiter gesenkt.

Beim Gesundheitswesen geht es darüber hinaus um die Durchsetzung des freien Marktes. Die daraus resultierenden Folgen lassen sich bereits jetzt absehen. Freier Markt führt immer zur Differenzierung. Und das bedeutet: wer zahlungsfähig ist, wird sich die bessere Versorgung leisten können, wer nicht mehr verwertbar ist, fällt raus.

Durch die Minimierung der sozialen Sicherung und die Senkung der Beiträge der Arbeitgeber sollen bessere Verwertungsbedingungen für das Kapital geschaffen werden, der Standort Deutschland gestärkt werden.

Globaler Kapitalismus

Vor dem Hintergrund der weltweiten Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems die u.a. dadurch gekennzeichnet ist, dass die Weltmärkte, die zahlungsfähige Nachfrage, nicht mehr das aufnehmen können, was die Konzerne produzieren können, verschärft sich der Konkurrenzkampf um Weltmarktanteile.

Diese weltweite Konkurrenz mit weltweitem Arbeitsmarkt führt zu einer Art Wettbewerb der Nationalstaaten um die attraktivsten Bedingungen für die Kapitalverwertung und zum „Klassenkampf von oben“. Für die Lohnabhängigen und diejenigen, die nicht mehr „verwertbar“ sind bedeutet dies, dass sich ihre Lebensbedingungen immer weiter verschlechtern.

Und auch in Deutschland sind Kapital und Staat nicht untätig:

Dazu einige Fakten:

- Zwischen 1980 und dem Jahr 2000 verdoppelten sich die Nettogewinne, die Nettolöhne blieben beinahe konstant, (zur Erinnerung: die Gewerkschaften feierten ihre Lohnabschlüsse immer als großartiges Ergebnis)
- die durchschnittliche Steuerbelastung von Kapitalgesellschaften sank von 1980 bis 1996 um mehr als die Hälfte,
- Vermögens- und Erbschaftssteuern sind im internationalen Vergleich nur halb so hoch wie im Durchschnitt der OECD Länder,
- der Anteil der Steuereinnahmen durch Lohnsteuer steigt, der Anteil durch Gewinn – und Vermögenssteuern halbierte sich seit 1980.
- der Exportüberschuss steigt, die Steigerung der Lohnstückkosten ist gerade mal halb so hoch wie im EU Durchschnitt.

Gesundheitskosten

Die Minimierung der sozialen Sicherung wird von einer Propaganda der All-parteienmedienkoalition begleitet, die, die oben angedeuteten Zusammenhänge vollkommen ausblendet. Argumentiert wird v.a. mit den Kosten. Arbeitslöhne und Renten seien zu hoch, Gesundheit nicht mehr bezahlbar, Arbeitslose selbst schuld, wenn sich nicht jede Arbeit annehmen usw.

Während für z.B. die Rentenkürzungen oder das spätere Renteneintrittsalter die immer älter werdende Gesellschaft herhalten muss, spielt diese zu erwartende Menge alter Menschen im Gesundheitssystem keine Rolle, sonst müssten nämlich die Krankenhäuser ausgebaut werden.

Entgegen der vorherrschenden Meinung blieben auch die Gesundheitsausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherungen in Prozent des Bruttoinlandsprodukts seit 1980 beinahe konstant und auch die Krankenhauskosten pro Fall sind im internationalen Vergleich niedrig.

GMG:

Seit Anfang des Jahres ist das GMG (Gesetz zur Modernisierung des Gesundheitswesens) in Kraft. Die sog. Paritätische Finanzierung (Arbeitgeber und Arbeitnehmer/innen zahlen hälftig) wurde damit noch stärker als bisher schon durch verschiedene Reformen, zu Gunsten der Arbeitgeber verschoben – um ca. 20 Mrd. €, so die Schätzungen (durch z.B. Private Absicherung der Zahnbehandlung und des Krankengeldes, Erhöhung von Zuzahlungen, Praxisgebühr, Steuerfinanzierung best. Leistungen, ...).

Nach einer Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbands hat sich bereits für über 400 000 Menschen die Gesundheitsversorgung durch das GMG drastisch verschlechtert. Arztbesuche oder Medikamente können sich die ganz Armen schon jetzt nicht mehr leisten.

DRG:

In den Krankenhäusern wird der Markt mittels des DRG Systems durchgesetzt.

DRG heißt Diagnosis Related Groups und bedeutet Fallpauschale.

Bislang bekamen die Krankenhäuser von den Krankenkassen im wesentlichen Tagessätze für jeden Tag, die ein Patient im Krankenhaus lag. Künftig bekommen die Krankenhäuser eine Fallpauschale (DRG) unabhängig davon, wie lange ein Patient im Krankenhaus bleibt.

Diese Fallpauschalen, werden schrittweise bis zum Jahr 2007 eingeführt und gelten für alle Diagnosen, ausgenommen den psychiatrischen Erkrankungen.

Die Folgen:

- Krankenhaussterben und Bettenabbau

Der Berater der Bundesregierung Lauterbach erwartet, dass bundesweit 230 000 der 560 000 Betten überflüssig werden, anders gesagt 1400 von 2250 Krankenhäusern.

Die Logik: da die Fallpauschale nur noch für eine verkürzte Zahl von Behandlungstagen ausreicht, lassen sich z.B. bei einer Halbierung der durchschnittlichen Verweildauer doppelt so viel Patienten behandeln, also reicht die Hälfte der Betten.

- Wer nicht mehr verwertbar ist, fällt raus

Für bestimmte Menschen wird es künftig kaum mehr Krankenhausbetten geben, da sich deren Krankenhausversorgung unter DRG Bedingungen nicht rechnet.

Das Krankenhaus muss, um wirtschaftlich zu arbeiten, die kranken Menschen schnellstmöglich durchschleusen, die Verweildauer der Patienten im Krankenhaus also stark senken.
Menschen, die bereits Vorerkrankungen haben, lassen sich nicht so schnell durchschleusen,
Menschen, deren weitere Versorgung nach dem Durchschleusen unklar ist, lassen sich möglicherweise nicht so schnell entlassen.
Für Menschen, die die Behandlung nicht zu Ende führen gibt es Abzüge.
Mit anderen Worten: Arme, Obdachlosen, Alte, unbelehrbare Drogenabhängige, AIDS Kranke, Behinderte,... rechnen sich für das Krankenhaus nicht, diese Menschen werden als „schlechte Risiken" bezeichnet.

- Gemacht wird, was sich lohnt

Ein Beispiel: Eine Darmspiegelung, eine Coloskopie, lohnt sich mit DRGs nur, wenn sie in Narkose durchgeführt wird. Dies ist zwar meist nicht nötig, doch kann man davon ausgehen, dass sich die Zahl der in Narkose durchgeführten Coloskopien in Zukunft stark erhöhen wird.
Laut Stuttgarter Zeitung bereits vom 15.05.03 führten die DRGs dazu, dass die Zahl der Knieoperationen um ein Drittel stieg, die Diagnose Schlafapnoe (Atemaussetzer im Schlaf) gar um 50 %.
Warum? Attraktive DRGs bzw. nicht nachweisbare Erkrankung. Dagegen wird die intensive Behandlung von Schlaganfallpatienten künftig kaum mehr möglich sein, da der vorgesehene DRG Betrag die Kosten nicht deckt.

- „Blutige Entlassung"

In den USA (dort gibt es DRGs nur für Rentner/innen), zeigt sich dass nach Einführung des DRGs im Krankenhaus die Verweildauer für Patienten z.B. mit Lungenentzündung zwar um 35 % sank, die stationären Kosten um 25 % zurückgingen und die Sterblichkeit um 15 % zurückging. Allerdings stieg dafür die Sterblichkeit in den ersten 30 Tagen nach der Entlassung um 35 %, die Wiederaufnahme wegen Rückfall um 23 % und die Verlegung ins Pflegeheim um 42 %.
Es zeigt sich also, und dies wird auch von Studien in der BRD belegt, dass die Einführung der DRGs zwar zu einer deutlichen Verkürzung der Verweildauer pro Einzelfall führt, dieser Effekt aber durch die häufig notwendige Wiedereinweisung weitgehend aufgebraucht wird. Ansonsten werden die Kosten auf die nachfolgende Betreuung verlagert.
Eine Kostenreduzierung ist aus den genannten Gründen durch die Einführung der DRGs ebenfalls unwahrscheinlich.
Doch dies ist auch nicht das Ziel.
Das Ziel ist die Einführung des freien Marktes zu dessen Vorbereitung überall die Krankenhausstandorte reduziert und Krankenbetten geschlossen werden.

Und in der Region...

Backnang, Waiblingen, Kirchheim, 750 Betten im Klinikum Stuttgart...
Sind nur einige Beispiele aus der Region zur Schließung von Krankenhäusern und Krankenbetten.

Im Landkreis Esslingen beschloss der Kreistag vor kurzem einen Krankenhausneubau. Der Neubau in Nürtingen soll künftig die zentralen Leistungen für den Raum Nürtingen, Kirchheim anbieten.
Das Krankenhaus in Kirchheim wird demontiert; dort soll dann die Psychiatrie hin.

Die Kreisräte des Rems-Murr-Kreises beschlossen eine neue Struktur für die Rems-Murr Kliniken.
Zwei der drei Krankenhausstandorte Backnang, Waiblingen und Schorndorf werden geschlossen und dafür ein Neubau in Winnenden erstellt.
Aus also für das Krankenhaus in Backnang,
Aus für das Krankenhaus in Waiblingen.

In Stuttgart will der Gemeinderat im Klinikum, also den Krankenhäusern Katharinenhospital, Bürgerhospital, Krankenhaus Bad Cannstatt und Olgahospital mit Frauenklinik 750 Betten schließen.
Von bisher ca. 2500 Betten sollen 1800 übrig bleiben. Da in dieser Zahl auch die Plätze zur ambulanten Patientenversorgung enthalten sind, bedeutet dies eine Reduzierung der stationären Kapazität um mindestens 33%, so der Gesamtpersonalrat des Klinikums.
Das bedeutet: fast das ganze Katharinenhospital oder das Bürgerhospital oder das Krankenhaus Bad Cannstatt mit Olgäle und Frauenklinik werden für überflüssig erklärt.
Beim Klinikum ist aber noch nicht entschieden ob bzw. welche Krankenhäuser geschlossen werden oder ob es einen Neubau gibt.
Gezielt wurden bereits die Betten für die „schlechten Risiken" abgebaut.
Die Medizinischen Klinik II des Bürgerhospitals wurde vom Gemeinderat der Stadt Stuttgart 1991 als internistische Klinik mit psychosozialem Schwerpunkt festgeschrieben.
Der ehemalige ärztliche Leiter Prof. Schröder beschrieb die Aufgabe der Med II im Jahre 1988 so:
„Auch die z.T. besondere Klientel des BH darf nicht im Stich gelassen werden: Wer einsam, unterprivilegiert und/oder depressiv ist und unter diesen Bedingungen krank zu uns eingewiesen wird, darf von uns nicht im Stich gelassen werden. Was andere für unser „Geschmäckle" halten, halte ich für eine unverzichtbare Aufgabe."
Diese *„unverzichtbare Aufgabe"* wird das BH künftig nicht mehr wahrnehmen. Die Medizinische Klinik II ist endgültig verschwunden.

Die Einführung der DRGs, der Fallpauschalen bewirken und bezwecken die Einführung des freien Markts mit Wettbewerb und Konkurrenz. Gemacht wird, was sich lohnt, wofür es zahlungsfähige Nachfrage gibt. Ein normales Prinzip im Kapitalismus.
Und dieses Prinzip ist grundsätzlich von der überwiegenden Mehrheit auch der Gegner dieser Entwicklung, ob Bürgerinitiativen, lokale Gewerkschaftsgruppen, auch lokalen Vertretern verschiedenster Parteien, akzeptiert. Am freien Markt führen nach dieser Logik keine noch so guten Argumente vorbei.
Ohne aber die Ursache, das kapitalistische System als Ganzes anzugehen, lässt sich eine gute Gesundheitsversorgung für alle Menschen nicht erreichen, weder hier noch sonst wo.

Die Krankenhausschließungen und Bettenschließungen sind nicht das Ende, sondern der Anfang einer Entwicklung. Momentan bereiten sich die Krankenhausträger nur auf den freien Markt vor.

AG Weisse Fabrik
Weitere Informationen auf unserer internetseite: www.s-line.de/homepages/weisse-fabrik

Frauen sind weltweit in besonderem Ausmaß von den allgemeinen Verschlechterung der Lebensbedingungen betroffen. Weltweit sind 70 % der Armen und zwei Drittel der Analphabeten weiblich. Frauen leisten weltweit 60 % der Arbeitsstunden erhalten aber nur 10 % des Welteinkommens und besitzen nur 1 % des Weltvermögens (UNICEF). Auch in den westlichen Ländern werden soziale Errungenschaften für Frauen zunehmend abgebaut. So sind sie meist die ersten die bei Personalabbau gefeuert werden, die Frauenerwerbslosenrate liegt weit höher als die der Männer. In vielen Fällen werden sie trotz guter Ausbildung und Qualifikation schlechter bezahlt als Männer. Sie sind noch öfter gezwungen, prekäre und schlecht bezahlte Jobs anzunehmen oder sich sogar zu prostituieren.
Und auch die neuen „Reformen" bringen wieder konkrete Verschlechterungen für Frauen mit sich; nur ein Beispiel unter vielen: Bei Bezug von Arbeitslosenhilfe wird das Vermögen der Lebenspartner (egal ob verheiratet oder nicht) stärker als bisher angerechnet und der Freibetrag für Vermögen um rund 60 % gesenkt. Schon vor der Neuregelung zum 01.01.2003 erhielten nur 22 % aller erwerbslosen Frauen Arbeitslosenhilfe. Mit der Neuregelung sollen nach Angaben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit insgesamt ca. 160 000 weitere Personen keine Leistungen mehr erhalten - zwei Drittel davon sind Frauen.
Bei all diesen Benachteiligungen können Frauen in vielen Fällen noch nicht einmal auf die Solidarität ihrer männlichen Kollegen zählen, sondern sind vielfach gar noch Belästigungen und Schikanen ausgesetzt.

Für einen starken Frauenkampf im Klassenkampf!
Zusammen kämpfen – gegen Kapital und Patriarchat!

„... nichts wissen macht auch nichts“ - Die Offensive des Kapitals im Hochschulbereich

Die aktuelle Streichorgie und ihre Fortführung

Die Universitäten erleben derzeit massive Kürzungen und Einschnitte: Quer durch die Republik werden trotz gleichbleibender oder sogar steigender Anzahl Studierender Mittel gestrichen, ganze Institute werden geschlossen, v.a. geisteswissenschaftliche Studiengänge werden abgeschafft und massenhaft fallen Lehrstühle und Professuren weg.

Darüber hinaus sind kürzlich die staatlichen Zuschüsse für die Studentenwerke massiv gekürzt worden: Leistungen wie kostenlose psychologische Beratungen, bezahlbare Kinderbetreuung bzw. Wohnheimplätze oder günstiges Mensaessen sind daher mittel- und langfristig in ihrer Existenz bedroht.

In den Studiengängen selbst wurde durch Einführung der Bachelor- und Masterstudiengängen das Studium den Bedürfnissen der Wirtschaft angepasst: Die Ausbildung wurde hier verschult und wer nach drei Jahren den Bachelor hat, aber die Hürde zum Masterstudiengang nicht schafft, steht eben dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Zu allem Überfluss wird auch vermehrt die Einführung von allgemeinen Studiengebühren diskutiert, nachdem sog. Gebühren für Langzeitstudenten bereits fast überall eingeführt wurden. Die Baden-Württembergische Landesregierung möchte z.B. das australische Higher Education Contribution Scheme (HECS) kopieren und sog. nachlaufende Studiengebühren ab dem 1.Semester einführen, d.h. man studiert erstmal „kostenfrei“, häuft aber gleichzeitig Schulden an. Momentan steht dem noch das rot-grüne Verbot der Studiengebühren fürs Erststudium entgegen, doch läuft dagegen schon seit einiger Zeit eine Klage mehrerer CDU- regierter Bundesländer über die das Bundesverfassungsgericht noch in diesem Sommer entscheiden wird. Doch auch unabhängig davon haben sich die Bündnisgrünen in ihren „Miesbacher Beschluss“ vom September 2003 bereits für „Bildungsguthaben oder Bildungskonten“ ausgesprochen. Ähnliche Stimmen wurden auch innerhalb der SPD laut.

Und mit ihrem Thesenpapier mit der Forderung nach „Elite-Universitäten“ haben ja die Sozialdemokraten bereits deutlich gemacht, wohin die Reise gehen soll: zu einer weiteren Ökonomisierung der Bildung und der totalen Unterwerfung auch dieses gesellschaftlichen Bereichs unter die Anforderungen des Kapitals.

Die „Massen-Uni“ der 60er und 70er Jahre

Manche sprechen nun davon, dass das „Ideal der Chancengleichheit“ verloren gehe. Doch gab es so ein Ideal jemals ? Werfen wir einen Blick zurück: Noch bis Ende der 1950er Jahre waren die Unis in der BRD und anderswo nichts anderes als Elite-Unis. Doch der ständige Produktivitätsfortschritt in der boomenden Nachkriegswirtschaft erhöhte auch den Bedarf nach Fachkräften. Es bestand also der ökonomische Zwang breiteren Bevölkerungsschichten Zugang zu akademischer Bildung zu ermöglichen. Parallel dazu trugen auch die sozialen Bewegungen der 60er und 70er Jahre zur Öffnung der Universitäten bei. Auch wuchs der Bedarf an Pädagogen, Sozialarbeiterinnen etc. so dass nun durch verschiedene Reformen in den 60ern und 70er Jahren die „Massenuniversitäten“ geschaffen wurden. Durch Maßnahmen wie Bafög standen sie nun auch prinzipiell proletarischen Milieus, also den sog. Arbeiterkindern offen.

Schleichende Abkehr von der „Massen-Uni“ ab den 80er Jahren.

Doch bereits in den 80er Jahren begann ein gegenläufiger Prozess: Der Anteil von Studierenden aus den „einkommensschwachen und bildungsfernen“ Elternhäusern nahm ständig ab, besonders bei Migrantenkindern. Die Sozialkürzungen z.B. beim Bafög unter der Kohl-Regierung taten ihr übriges und so ergab sich laut einer Erhebung des Studentenwerkes 1999 folgendes Bild: Während fast 75 % der Beamtenkinder ein Studium begannen, waren es bei den Arbeiterkindern nur 12 %.

Selektion schon in der Schule

Hintergrund ist hier das selektive deutsche Bildungssystem, das selbst nach den bürgerlichen Kriterien der internationalen PISA-Studie ein armseliges Zeugnis ausgestellt bekam:

Wie in kaum einem (westlichen) Land entscheide hier die soziale Stellung und der Bildungshintergrund der Eltern über die schulische Laufbahn. Oder in unseren Worten : die Klassenzugehörigkeit, nicht etwa „Begabung“ oder „Lerneifer“ bestimmt die Zukunft der SchülerInnen.

Eine bestimmende Rolle spielt hier das dreigliedrige Schulsystem, das schon nach der 4.Klasse die weitere Schullaufbahn fast unumkehrbar festlegt. Finanzielle Möglichkeiten und Bildung der Eltern tragen dann dazu bei, dass Bildung ein Prozess „sozialer Vererbung“ geworden ist - mit kaum durchlässigen Klassenschranken. Aber auch auf dem Gymnasium, wo vor allem Migrantenkinder kaum hinkommen, wurde der Selektionsdruck erhöht: In mehreren Bundesländern wurde bereits das Kurswahlsystem in der Oberstufe abgeschafft und die Zahl der Prüfungsfächer erhöht. Momentan ist darüber hinaus in der Diskussion dass das Abitur bereits nach 12 Jahren abgelegt wird- größerer Stress für Schüler und Lehrerinnen ist hier vorprogrammiert.

Der Angriff auf das Bildungswesen und sein Kontext.

Was momentan passiert ist in einem breiteren Rahmen zu sehen. Auf **nationaler Ebene** liegen die Konsequenzen aus der PISA-Studie nicht in höheren Investitionen in das Bildungswesen: Für das Kapital stehen staatliche Steuersenkungen im Vordergrund, deshalb sollen über „Eigenbeteiligungen“
sprich Studiengebühren und „Import“ von bereits ausgebildeten „Humankapital“ die Defizite ausgeglichen werden. Ergänzend wird eine Hierarchisierung der Hochschulen geplant: wer mehr Drittmittel wirbt, bekommt mehr staatliche Gelder, kann sich somit eine bessere Ausstattung leisten und höhere Studiengebühren leisten. (Ein ähnliches Modell hat vor kurzem die Labour Party in England mit knapper Mehrheit beschlossen)

Auf **europäische Ebene** spielt hier der „Bologna-Prozess“ (benannt nach einem Treffen der Bildungsminister im italienischen Bologna 1999) eine wichtige Rolle: Ziel ist hier die Schaffung eines einheitlichen „Europäischen Hochschulraumes“ unter Stichworten wie „Konkurrenzfähigkeit“, „Standortsicherung“ oder „lebenslanges Lernen“. Auch wenn es in der Umsetzung noch Schwierigkeiten gibt wird deutlich, dass auch auf europäischer Ebene die Hochschulen inkl. ihrer Studiengänge -und -inhalte den Bedürfnissen des Kapitals angepasst werden. Ähnlich wie im Gesundheitssektor erhofft sich hier die Bourgeoisie durch Privatisierungen und Ökonomisierung neue Profitmöglichkeiten in der zunehmenden Krise des Kapitalismus.

Eine ähnliche Tendenz gibt es auch auf **globaler Ebene**: Hier ist es das GATS (General Agreement on Trade and Services) das privaten Schulen und Hochschulen das Recht garantiert mit öffentlichen Einrichtungen um staatliche Zuschüsse zu konkurrieren. Das quasi-staatliche Bildungsmonopol soll also mit der Aussicht auf Profite gebrochen werden. Das Bildungswesen wird als „education services“ bezeichnet und damit als zu handelnde Dienstleistung. Der entstehende weltweite private Bildungsmarkt soll dann jährlich ca. 2 200 Milliarden Dollar einbringen, schätzt die Unternehmensberatung Meryll Lynch.

Weitere Umstrukturierungen stehen an....

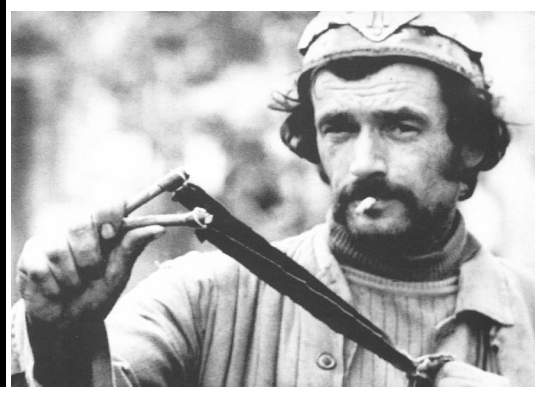
Ein weiteres Schreckgespenst der kapitalistischen Krise steht also bereits in den Startlöchern: die Ökonomisierung der Bildung generell. Die Abschaffung der Lehrmittelfreiheit und die Wiedereinführung des „Lehrgeldes“ für Azubis wurde in der BRD bereits ernsthaft in den letzten Monaten diskutiert.

Bei dem Kampf gegen die Privatisierung der Bildung ist es aber wichtig zu wissen, dass von staatlicher Seite keine Unterstützung zu erwarten ist. Zwar spielen sowohl in der BRD, als auch beim „Bologna-Prozess“ sowie beim GATS-Abkommen pressure groups, zu denen auch Konzerne wie Bertelsmann oder Siemens gehören, eine wichtige Rolle; die rot-grüne Bundesregierung war aber auch hier jeweils eine treibende Kraft.

Und so wichtig Tagesforderungen wie „Keine Studiengebühren!“ auch sind , darf man dabei nicht stehen bleiben. Vielmehr müssen die Inhalte der Studiengänge kritisch hinterfragt werden, letzlich also der ideologische Überbau im Kapitalismus und die Wissensverteilung in der Gesellschaft thematisiert werden.

„Was du nicht selber weißt, dass weißt du nicht.“ (Bert Brecht: „Lob des Lernens“)

Die momentanen Umstrukturierungen und Angriffe auf die Lebenssituation der Lohnabhängigen finden nicht nur in der BRD statt. In den verschiedenen kapitalistischen Zentren, sei es Frankreich, Italien oder Großbritannien geht die Entwicklung in die gleiche Richtung. Der Widerstand gegen diese Entwicklung ist in den meisten Fällen allerdings weit stärker als hier zulande, wir können also sicher viel von unseren KollegInnen in anderen Ländern lernen, sowohl was ihre kämpferische Praxis als auch die verschiedenen Organisierungen angeht.
Wir drucken hier Auszüge aus einem Interview mit einem Aktivisten aus Italien ab. Er ist bei der Gewerkschaft COBAS aktiv und organisiert in der CARC (Unterstützungskommitees des Widerstands für den Kommunismus) welche der FP-rpc (Volksfront für den Wiederaufbau der kommunistischen Partei) angehört.
Das komplette Interview ist demnächst auf unserer Homepage zu finden.



Die Veränderungen, die von den europäischen Regierungen aktuell durchgesetzt werden sind häufig recht ähnlich; könntest du dennoch eine kurze Übersicht über die zentralen Punkte der Kapitaloffensive in Italien bzw. über deren allgemeinen Charakter geben? Wie versucht die Rechtsregierung diese mit ihrer Propaganda zu vermitteln?

Die Rechtsregierung muss die spezifischen Interessen einer wahrhaften, von Berlusconi angeführten Bande von Geschäftemachern, Faschisten und Mafiosi vermitteln, um der Notwendigkeit nachzukommen, auf die Auswirkungen der allgemeinen Krise des Kapitalismus antworten zu können. In Italien findet dies seinen konkreten Ausdruck im Angriff auf die historischen Errungenschaften der Volksmassen und der Arbeiterklasse, die seit dem Widerstandskampf gegen den Nazi- Faschismus errungen wurden. Dieser Angriffsplan sieht die endgültige Privatisierung aller sozialen Dienste vor, von der Schule bis zum Gesundheitswesen, von der Sozialfürsorge bis zum Wasser und dem Strom; all das, was der Versorgung/Reproduktion des Menschen und seiner Lebensqualität von der Geburt bis zum Tod dient, wird privatisiert und nach den Massstäben des kapitalistischen Marktes ausgerichtet; ausserdem ist der Angriff auf die Gehälter und auf die Rechte hinsichtlich aller Aspekte des Arbeitsmarktes - oder besser gesagt des Ausbeutungsmarktes- vorgesehen, mit einer wilden Prekarisierung, die durch die „Biagi-Reform“[1] gesetzlich festgeschrieben wurde sowie mit nationalen kollektiven Tarifverträgen, die seit zwei- drei Jahren nach ihrem Auslaufen nicht mehr erneuert werden.
Derzeit wirkt die Propaganda der Rechtsregierung auf die sog. Steuerreform hin, die noch „obszöner“ ist als in der Vergangenheit: Steigerung der (direkten und indirekten) Steuern und der Lebenshaltungskosten vor allem bei den Waren, die für die Ärmsten existenziell sind, Senkung aller Steuern und entsprechende Senkung der Kosten für Luxuswaren für die Reichen und die Unternehmen. Der sog. Maximalanteil für denjenigen, der ein Einkommen über 100.000 Euro hat, wird auf 33% für alle sinken, wo er zuvor einen Satz von bis zu 45% erreichen konnte.

Was machen das grosse „Oliven- Bündnis“ [2] und die grossen Gewerkschaften gegen diese Politik? Was ist ihre Strategie? Wie gross ist der Konsens innerhalb des „Oliven- Bündnisses“ und zwischen den grossen Gewerkschaften?

Das Olivenbündnis und die grossen Gewerkschaftsführungen haben kein Interesse, der Politik von Rechts etwas entgegenzusetzen, vor allem gegen den Angriff auf die Gehälter und auf die historischen Errungenschaften. Sie verfolgen die selben allgemeinen Interessen wie die Rechte was die kapitalistische Wirtschaft und die Antwort auf deren Krise angeht. Aber auch sie müssen wie die Spekulanten, Faschisten und Mafiosi der Rechten, ihre spezifischen Interessen verteidigen, die natürlich nicht die der Millionen sind, die der Arbeiterklasse und den Volksmassen angehören. In groben Zügen können wir sagen, dass das Mittelinks- Bündnis für die Stärkung des europäischen Imperialismus in weltpolitischer Hinsicht ist, während es im Inneren für eine Antwort auf die Krise des Kapitals ist, die softere Privatisierungen vorsieht und auch gern die Reste der ArbeiterInnenaristokratie mit einbezieht, die in den Gewerkschaftsführungen überlebten. Um dies zu tun muss es jedoch eine Antwort auf ein grosses Problem finden: die Kontrolle des sozialen Friedens, den sie nunmehr seit 2001 mit den Demonstrationen von Neapel, von Genua, von Rom [3], mit den allgemeinen Mobilisierungen der ArbeiterInnen, die unkontrollierbare und häufig illegale Kampfformen hervorgebracht haben, nicht mehr zu zügeln und zu kontrollieren vermögen. In den letzten drei Jahren haben die schärfsten/ konfliktreichsten Kämpfe der ArbeiterInnen und Volksmassen seit den 70er Jahren stattgefunden, (Fiat, Genua, öffentliche Transportmittel, Scanzano Jonico, Terni usw. [4]) ohne dass die grosse Macht der Gewerkschaftsführungen ihre Ziele oder Kampfformen zu kontrollieren vermag.

Der italienische Staat antwortet mit Repressionsschlägen gegen die erstarkende Linke. Welche Teile sind davon betroffen? Gibt es eine grosse Solidarität innerhalb der Linken und wie drückt sie sich praktisch aus?

In Italien hat sich die Repression in den letzten Jahren auf allen Ebenen erheblich verschärft und das gegen alle Bereiche, vom anarchistischen Antagonismus zu den revolutionären KommunistInnen, aber auch gegen die kämpfenden ArbeiterInnen. Es existieren im Moment noch wenige Organisationen, die die Solidarität als ein strategisches Problem angehen und mit den angemessenen Eigenschaften. Es gibt in Italien den SRP (Rote Proletarische Hilfe) und die nunmehr historische ASP (Vereinigung der proletarischen Solidarität). Die Erfahrung hat uns gezeigt, dass wenn die Repression fortschreitet durch Repressionsschläge, Verhaftungen o.ä. und die Frage der Solidarität auf die korrekteste Art, die möglich ist gestellt wird, dann führt dies zu einer Zustimmung grosser Teile der Volksmassen und der ArbeiterInnen, was die gesamte Bewegung stärkt.

Gibt es fortschrittliche oder gar revolutionäre Teile/Strömungen in den grossen Gewerkschaften? Welche Bedeutung haben Organisationen wie die COBAS und andere „Basis“strukturen?

Die alten fortschrittlichen oder „revolutions-freundlichen“ Strömungen in den grossen Gewerkschaften (vor allem der CGIL [5]) wurden zusehends eliminiert oder in die ArbeiterInnenaristokratie integriert, sei es mit sanften Mitteln oder mit brutaler Zensur und Ausschlüssen. Aktuell sind Geschichten von Ausschlüssen von kommunistischen AktivistInnen aus Gewerkschaften wie der CGIL (aber nicht nur aus dieser), weil sie entsprechend gegen die Chefs kämpfen, aber sich die „Schuld“ haben zukommen lassen, einer revolutionären Organisation anzugehören oder ihre offene Solidarität mit revolutionären Gefangenen zum Ausdruck gebracht haben. Unsere Organisation war deshalb bereits von zwei Ausschlüssen aus der CGIL betroffen (ein Genosse in Turin und einer in Modena), sowie fünf Genossen aus der „alternativen“ Gewerkschaft SIN- Cobas in Neapel. Was die COBAS und die alternativen Gewerkschaften im Allgemeinen betrifft, so gelingt es ihnen nicht, mehr als fünf Prozent der Angehörigen eines gewissen Sektors zu vereinen, auch wenn es schon vorkam, dass sie als Initiatorinnen von Mobilisierungen auftraten, die hunderttausende von ArbeiterInnen auf die Strasse brachten. Ihre geringe Bedeutung in der aktuellen Phase hängt mit ihrer ökonomistischen [6] Politik zusammen, die es nicht schafft, den Bestrebungen der unterdrückten Masse zu entsprechen und vor allem sind sie häufig nicht das Organisationszentrum der Kampfformen, die sich die ArbeiterInnen spontan aneignen.

[1] Reform benannt nach ihrem geistigen Vater Marco Biagi.
[2] Das mitte- links Bündnis hat sich den Namen „Ulive“ gegeben. Ihm gehören v.a. die Splitterteile der früher einheitlicher organisierten Sozialisten und parlamentarischen Kommunisten, sowie die Grünen an.
[3] Gemeint sind v.a. die Demos gegen das Global Forum in Neapel, den G8 Gipfel in Genua und zentrale Demos in Rom.
[4] Orte, Bereiche, Betriebe mit verschiedenen (Arbeits)Kämpfen, u.a. (wilden) Streiks bei öffentlichen Transportmitteln etc.
[5] CGIL: Confederazione Generale Italiana del Lavoro, grösste Gewerkschaft in Italien, der inzwischen zersplitterten und nicht mehr existenten alten KP zugehörig.
[6] Ökonomismus bezeichnet Strömungen, die ihren Schwerpunkt einseitig auf ökonomische Kämpfe setzen und die Wichtigkeit weitergehender politischer Fragen, die Aufgaben der Organisation, etc. unterschätzen.

Geschichte und Bedeutung des 1. Mai

Am 1. Mai 1886, wurde eine Versammlung von ArbeiterInnen in Chicago, die den 8 Stunden Tag einforderte, brutal von der Polizei aufgelöst und mehrere Teilnehmer zum Tode bzw. zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Drei Jahre später, im Juli1889, wurde der 1. Mai vom internationalen Sozialistenkongress in Paris zum weltweiten Kampftag des Proletariats erklärt. Die damaligen Hauptforderungen waren die Einführung des 8 Stunden Tages und die internationale Solidarität des Proletariats aller Länder gegen Krieg und staatliche Unterdrückung.
Dieser Kampf wurde von großen Teilen der ArbeiterInnenklasse als Kampfansage an die Kapitalistenklasse und als nächste Etappe auf dem Weg in eine Gesellschaft ohne kapitalistische Ausbeutung begriffen. Dementsprechend fiel vielfach die staatliche Repression gegen die 1. Mai Demonstrationen aus; sie wurden oftmals verboten und waren, in einigen Ländern sind sie dies bis heute, Angriffen des Militärs und der Polizei ausgesetzt.

Im faschistischen Deutschland wurde der „Weltkampftag des Proletariats“ zum „Feiertag der nationalen Arbeit“ umfunktioniert. Am 1.Mai 1933 begrüsste es der Vorläufer des DGB, der *Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund,* „dass die Reichsregierung diesen unseren Tag zum gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit, zum deutschen Volksfeiertag erklärt hat.“
Bis heute wird von grossen Teilen des gesellschaftlichen Mainstreams mit dem „Tag der Arbeit“ die Lohnsklaverei weiterhin als unverrückbare Realität glorifiziert.

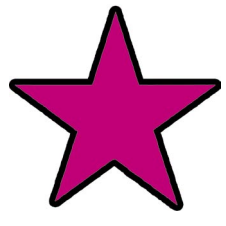
Für die fortschrittlichen und revolutionären Menschen allerdings steht er seit nun weit mehr als 100 Jahren im Zeichen der Interessen der ArbeiterInnenbewegung. Er stand und steht für Frieden, den Klassenkampf gegen die Angriffe des Kapitals auf unsere Lebenssituation, die Gleichberechtigung der Geschlechter und für internationale Solidarität. Er steht für den Kampf gegen Faschismus, Rassismus und gegen staatliche Repression. Der 1. Mai ist der Tag an dem alle diese Forderungen auf einen Punkt gebracht werden und wir für eine revolutionäre Perspektive, fern von kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung auf die Strasse gehen.

Der 1. Mai 2004 in Stuttgart:

10 Uhr:
Gewerkschaftsdemo
Auftakt am Arbeitsamt
(U-Haltestelle Stöckach, U1, U2, U4, U9, U14)
Abschluß am Karlsplatz

12 Uhr:
REVOLUTIONÄRE 1. MAI DEMO
Auftakt am Mahnmal
(zwischen Karlsplatz und Schloßplatz)

14 Uhr:
1. Mai Festival
Mit Bands, Kickerturnier, Kaffee & Kuchen, Buffet, Lesung uvm.
im Jugendhaus West
(U-Haltestelle Schwab-/Bebelstraße, U4, U9, Bus 42)



Revolutionäre Aktion Stuttgart

c/o Infoladen, Ludwigstr. 110a , 70197 Stuttgart mail: aaas@gmx.de

www.revolutionaere-aktion.de.am

V.i.S.d.P: Helmut Schröder, Holzweg 3, 70371 Stuttgart